

Bochum, 3. März 2017

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe Hannelore Kraft,

ich freue mich, heute die Bilanz unseres zweiten Bochumer Memorandums übergeben zu dürfen. Das Memorandum ist Produkt eines Prozesses, der im Jahr 2005 von der GEW NRW angestoßen wurde. Unser Anliegen war und ist es, überprüfbare Ziele zu formulieren, an der sich die Bildungspolitik der jeweiligen Landesregierung messen lässt. Mithilfe von Wissenschaftlern haben wir 10 Indikatoren festgelegt, die sich jeweils an den Durchschnittswerten der OECD-Staaten orientieren: Angefangen bei der Betreuungsquote unter Dreijähriger, über die Anzahl der Schulabschlüsse bis hin zur Finanzierung von Weiterbildung.

Unser besonderer Dank gilt Prof. Dr. Gabriele Bellenberg von der Ruhr-Universität Bochum und Prof. Dr. Christian Reintjes von der Fachhochschule Nordwestschweiz, die den wissenschaftlichen Part des zweiten Bochumer Memorandums übernommen haben.

Nach zwölf Jahren Memorandumsarbeit ist es nun an der Zeit, ein Fazit zu ziehen. Welche der gesetzten Ziele wurden erreicht? Bei welchen Themen gab es Bewegung und wo ist zu wenig passiert? Konnte das Bochumer Memorandum zu einer positiven Fortentwicklung der Schul- und Bildungspolitik beitragen?

Die letzte Frage kann ich klar mit *Ja* beantworten. Das Bochumer Memorandum hat erfolgreich bildungspolitische Debatten angestoßen und dazu beigetragen, dass unsere Bildungspolitik eine andere ist als noch vor zwölf Jahren.

Lassen Sie uns kurz einen Blick zurück werfen. Kurz nach der Verabschiedung des Bochumer Memorandums im Jahr 2005 regierte Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen. Ziel der Bildungspolitik der Regierung Rüttgers war es nicht mehr, gleiche Chancen für alle Kinder umzusetzen. Stattdessen sollte ein *begabungsgerecht gegliedertes* Schulsystem aufrechterhalten werden. Das heißt: CDU und FDP machten allein die individuelle Begabung für den Bildungserfolg eines Kindes verantwortlich, der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsbenachteiligung spielte keine Rolle mehr. Eine Politik der *hydraulischen* Pädagogik wurde etabliert, bei der mehr Druck zu mehr Leistung führen soll. Diesem Konzept folgten bald entsprechende Gesetze: Die Landesregierung setzte auf mehr Selektion, eine verbindliche Grundschulempfehlung, Kopfnoten, eine Hauptschulinitiative und auf das Abitur

nach 12 Jahren. Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen unterstützen, wurden behindert statt gefördert.

Auf unserem Bildungskongress zum Bochumer Memorandum im Jahr 2010 fand Prof. Dr. Franz Lehner klare Worte für die Bilanz dieser Bildungspolitik: Er nannte sie *katastrophal* und forderte eine grundsätzliche Neuausrichtung.

Zu dieser Neuausrichtung kam es mit dem Regierungswechsel. Die Minderheitsregierung von SPD und Grünen bekannte sich zu den Zielen des Bochumer Memorandums und setzte auf eine präventive Schul- und Bildungspolitik. Im Koalitionsvertrag fanden sich viele gewerkschaftliche Vorschläge wieder und offensichtliche Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung wurden revidiert. Rot-Grün novellierte das Kinderbildungsgesetz, schaffte die Studiengebühren wieder ab und nahm die Einsparungen bei der Weiterbildungsfinanzierung zurück. Nach einem Jahr Regierungsarbeit wurde der Schulkonsens gemeinsam mit der CDU vereinbart und die Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens gestärkt.

Wir können daher klar sagen: Seit der Entstehung des Bochumer Memorandums hat sich in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik einiges bewegt. Das Memorandum hat daran mitgewirkt, die konservative, starre Programmatik der Regierung Rüttgers zu überwinden und hat wichtige Impulse für ein modernes Bildungssystem gesetzt. Der Anspruch, jedem Kind die gleichen Chancen zu gewähren, ist wieder in die Politik zurückgekehrt.

Aber lässt sich dieser Paradigmenwechsel auch verifizieren? Bei welchen Indikatoren sind Fortschritte nachweisbar und wo besteht noch Nachholbedarf? Welche bildungspolitischen Herausforderungen muss die Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode anpacken?

Wenn wir uns die einzelnen Indikatoren ansehen, ergibt sich ein differenziertes Bild. In einigen Bereichen gibt es klare Erfolge. Die Zahl der Sitzenbleiberinnen und Sitzenbleiber ist deutlich zurückgegangen. Dies ist auch eine Folge der Erkenntnis, dass Klassenwiederholungen in vielen Fällen nicht als Förderinstrument geeignet sind.

Darüber hinaus haben wir heute deutlich mehr Schulabgängerinnen und -abgänger mit mindestens einem mittleren Schulabschluss. Diese Quote konnte derart gesteigert werden, dass sie sogar weit oberhalb des Zielwertes des Bochumer Memorandums liegt. Der mittlere Schulabschluss hat sich damit als Mindeststandard etabliert.

Ebenfalls erhöht werden konnte die Studienabschlussquote, wenngleich noch nicht in dem vom Memorandum angestrebten Maße. Berücksichtigt man die neuesten Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger kann man für die kommenden Jahre allerdings mit einem weiteren Anstieg rechnen.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass sich die Bildungsbeteiligung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund deutlich erhöht hat. Für diese Kinder und Jugendlichen bedeutet das wesentlich besser Chancen auf ein erfolgreiches Berufsleben und gesellschaftliche Teilhabe.

Und auch die Erhöhung des Weiterbildungsetats können wir zweifelsohne als Erfolg bezeichnen.

Es gibt zwei Punkte, bei denen ich die Bilanz als gemischt bezeichnen möchte.

Da ist zunächst das Thema Inklusion. Der Umbauprozess wurde erfolgreich vorangetrieben und den Eltern die Wahl gelassen, ob sie ihr Kind an einer Förder- oder einer allgemeinen Schule anmelden möchten. Die Rahmenbedingungen sind allerdings nach wie vor unbefriedigend. DGB und GEW haben immer wieder darauf hingewiesen, dass weder beim Personal noch bei den Sachmitteln ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. Dorothea Schäfer hat in ihrer Rede schon einiges dazu gesagt.

Der zweite Indikator mit gemischter Bilanz ist die Situation im U3-Bereich. Trotz eines stetigen Ausbaus der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren wurde die angestrebte 35-Prozent-Marke bisher nicht erreicht. Die aktuelle Quote liegt zwar doppelt so hoch wie zu Zeiten von Schwarz-Gelb, reicht aber bei weitem nicht aus. Die großen Schulleistungsstudien haben immer wieder gezeigt, dass sich Investitionen in die frühe Bildung besonders auszahlen und einer sozialen Spaltung entgegenwirken. Neben der Quantität ist die Qualität natürlich von besonderer Bedeutung.

Kommen wir nun zu den Punkten, bei denen sich zu wenig bewegt hat und die weitere Anstrengungen notwendig machen. Wir sehen darin, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, die zentralen Herausforderungen für die Bildungspolitik in der kommenden Legislaturperiode. Die Gewerkschaften werden die Politik der Landesregierung, aber auch die Konzepte der Opposition, daran messen, in wie weit hier Antworten gegeben werden.

Die Bilanz des zweiten Bochumer Memorandums zeigt, dass der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss stagniert. Ihr Anteil konnte in den vergangenen Jahren nicht wirkungsvoll reduziert werden. Diese Gruppe hat so gut wie keine Chance am Ausbildungsmarkt und damit auf ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Berufsleben.

Darüber hinaus konnte die Ausbildungsplatzgarantie trotz erheblicher Anstrengungen nicht realisiert werden. Nach wie vor bekommen jährlich rund 24.000 junge Menschen in NRW keine Lehrstelle, seit

Jahren sinken die Ausbildungsquoten der Unternehmen. Die Landesregierung hat gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Partnern das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ angeschoben und die komplette Berufs- und Studienorientierung umgebaut. Nun sind die Unternehmen am Zug: Wenn sie nicht mitziehen und mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, kommen wir nicht weiter.

Die wahrscheinlich größte Herausforderung besteht allerdings darin, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Hier sind wir leider nicht weitergekommen. Dieses Problem gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Bundesländer. Einfache Antworten und Schuldzuweisungen sind fehl am Platz. Wichtig ist aber, dass wir gemeinsam nach Konzepten suchen und unser Ziel nicht aus den Augen verlieren: Alle Kinder müssen die gleichen Chancen bekommen. Wir wissen, dass dies ein wichtiges Anliegen der Landesregierung ist und viele Maßnahmen angeschoben wurden. Aber noch fehlt der Erfolg!

Dorothea Schäfer hat mit dem Sozialindex einen wichtigen Vorschlag gemacht, den es sicherlich zu verfolgen lohnt. Denn nur wer Ungleiches auch ungleich behandelt, kann Probleme gezielt anpacken und diejenigen fördern, die besonders Hilfe brauchen.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

ich überreiche Ihnen nun offiziell das Bochumer Memorandum 2017. Ich hoffe, dass Sie unsere Anregungen aufnehmen und freue mich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit. Es bleibt viel zu tun in NRW.

Vielen Dank!